

Jobcenter: Von nun an getrennt?

Trotz massiven Druckes – auch aus den eigenen Reihen – hat die Union ihren Widerstand bei der Neuorganisation der Jobcenter nicht aufgegeben. Innerparteilich besteht Einigkeit allenfalls im Dissens und im Mangel an Alternativkonzepten.

Der jetzt für das Wahlprogramm der CDU getroffene Formelkompromiss, den Ländern die Organisation der Jobcenter zu übertragen, ist doppelt tragisch für die Hilfesuchenden: Zum einem wird das Problem auf die nächste Legislaturperiode verschoben. Das läuft letztlich auf eine getrennte Aufgabenwahrnehmung hinaus. Denn da das Bundesverfassungsgericht eine Neuordnung bis Ende 2010 vorgegeben hat, plant das Bundesarbeitsministerium bereits, bei der Beratung von Langzeitarbeitslosen zur getrennten Aufgabenwahrnehmung zurückzukehren. Damit droht das Ziel einer ganzheitlichen Betreuung der Arbeitssuchenden von Arbeitsagentur und Kommunen in weite Ferne zu rücken.

Zum anderen wird mit dem Vorschlag, die Neuorganisation den Ländern zu überlassen, der Anspruch auf eine bundeseinheitliche Leistungsgewährung und eine Gesamtverantwortung der Arbeitsmarktpolitik auf Bundesebene aufgegeben. Es darf auch zukünftig keinen Unterschied machen, wo Hilfesuchende leben. Klare Ziele für alle und einheitliche transparente Verfahren müssen Kleinstaaterei verhindern.

Doch auch die SPD macht es sich zu leicht, wenn sie die Verantwortung auf den ungeliebten Koalitionspartner schiebt. Sie war nicht bereit, in ihrem

Organisationsmodell den Kommunen mehr lokale Entscheidungsspielräume und Kompetenzen zuzugestehen, damit die Hilfen für Betroffene wirksam aus einer Hand erbracht werden können. Die große Koalition, die jetzt mehr auf Wahlkampf als auf Problemlösung setzt, ist gemeinsam für das Scheitern der Reform verantwortlich.

Die jetzt angekündigten Notmaßnahmen zur Absicherung der Jobcenter sind nicht weniger ein Zeichen von politischer Ohnmacht. Nach wie vor sind die Beschäftigten in den Jobcentern ohne Planungssicherheit. Zwar werden die auslaufenden Jobcenter-Verträge bis Ende 2010 verlängert. Diese Galgenfrist dient aber vor allem dazu, die Strukturen abzuwickeln. In einer Zeit dramatisch steigender Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit werden die Arbeitsverwaltung als auch die Sozialverwaltung in den Kommunen mehr mit sich selbst als mit den Arbeitssuchenden beschäftigt sein. Die Leidtragenden sind die Hilfesuchenden. Sie werden in der Krise in unverantwortlicher Weise alleingelassen.



Britta Haßelmann

Foto: Fraktion B'90/Grüne

Britta Haßelmann

➔ MdB Britta Haßelmann ist Sprecherin für Demografie, Alten- und Kommunalpolitik der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen. Zuletzt erschien von ihr in der AKP 2/09 der Beitrag „Krise nutzen – kommunalen Investitionsstau nachhaltig auflösen: Kommunen jetzt stärken!“ (S. 61 ff). www.britta-hasselmann.de. Mehr zum Thema Jobcenter finden Sie im Nachrichtenteil dieser Ausgabe.